

DIE LINKE steht an der Seite der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst

*Resolution zu den gegenwärtigen Tarifverhandlungen mit den kommunalen Arbeitgebern -
Nachdem auch die zweite Verhandlungsrunde am vergangenen Wochenende für die rund 2,3 Millio-
nen Tarifbeschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen ergebnislos geblieben ist,
hat die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) Warnstreiks angekündigt.
Die kommunalen Arbeitgeber mauern sich ein und verschärfen den Konflikt.
Die dritte Runde der Verhandlungen ist für den 22./23. Oktober 2020 erneut in Potsdam angesetzt.
Im ganzen Bundesgebiet wird es bis dahin zu Warnstreiks kommen.*

DIE LINKE steht an der Seite der bundesweit mehr als 2,5 Millionen Beschäftigten im Öffentlichen Dienst, die sich seit dem 1. September in Tarifverhandlungen befinden.

Wir unterstützen die Forderung von ver.di, GEW, GdP, IG BAU und dbb Beamtenbund nach 4,8 Prozent mehr Lohn, mindestens aber 150 Euro, nach 100 Euro für alle Auszubildenden und nach einer Arbeitszeitangleichung im Osten an das Westgebiet.

Während des Lockdowns waren es die Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes, die die Gesellschaft zusammengehalten haben. Das Pflegepersonal in den Krankenhäusern, das unter erhöhtem Infektionsrisiko die medizinische Versorgung sichergestellt hat.

Die Kolleginnen und Kollegen von der Müllabfuhr, die die Straßen sauber gehalten haben. Oder die Beschäftigten in den Kindertagesstätten, die Notfallbetreuungen für diejenigen organisiert haben, die ihre Kinder nirgendwo anders hingeben konnten.

Aus Sicht der LINKEN ist es unerträglich, dass sie alle über Monate als systemrelevant beklatscht wurden und ihre Forderungen jetzt als überzogen verunglimpft werden. **Wir sagen: Wer systemrelevant ist, der soll auch anständig bezahlt werden.**

DIE LINKE verurteilt das Auftreten der Arbeitgeber aufs Schärfste. Wir weisen darauf hin, dass es ge-

wählte Politikerinnen und Politiker sind, die sich hier in der Arbeitgeberrolle befinden. Sie fordern „Augenmaß“ und die Bereitschaft zum Verzicht, weil aus ihrer Sicht „die Folgen der Pandemie von der gesamten Gesellschaft getragen werden“ müssten.

Wir sagen: Wer von den Beschäftigten Verzicht fordert, der sollte erklären, warum noch immer keine Vermögensabgabe eingeführt wurde. Auch Reiche und Superreiche gehören zur Gesellschaft und sollten zur Finanzierung der Krisenkosten herangezogen werden.

Aus Sicht der LINKEN ist der Kampf der Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst mehr als eine Tarifrunde.

Es ist der Auftakt zu den Verteilungsauseinandersetzungen um die Krisenkosten.

Es ist darum eine gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzung um Verteilungsgerechtigkeit und um die Frage, was uns öffentliche Daseinsvorsorge, was uns die Betreuung unserer Kinder, die Pflege in Altenheimen und Krankenhäusern oder die öffentliche Müllabfuhr wert sind.

Die Kolleginnen und Kollegen haben in dieser Auseinandersetzung DIE LINKE an ihrer Seite.

**Gute Löhne für die
Held*innen des Alltags!**

Trauriger Tag für ein demokratisches und weltoffenes Gera

Die Mehrheit des Geraer Stadtrates hat am 24. September 2020 das AfD-Stadtratsmitglied Etzrodt zum Vorsitzenden gewählt.

Bereits im Vorfeld hat die LINKE-Fraktion erklärt, keinen Kandidaten dieser Partei zu wählen.

11 Stadträte anderer Fraktionen haben für den AfD-Vorschlag gestimmt. Damit manifestiert sich nach fast anderthalb Jahren der Amtszeit des neuen Stadtrates ein eindeutiger Sachverhalt: Es existiert eine Mehrheit auf der bürgerlich-konservativen Seite (CDU, Bürgerschaft, FÜR GERA, Liberale Allianz) sowie der AfD. Es ist diesen Stadtratsmitgliedern recht, dass der Geraer Stadtrat von einem Vertreter der AfD repräsentiert wird. Die Bereitschaft dieser Frak-

tionen, mithilfe der Höcke AfD Politik in dieser Stadt zu gestalten, lässt grundsätzlich an dem Demokratieverständnis jedes einzelnen dieser Stadtratsmitglieder zweifeln.

Die Chance auf Zusammenarbeit für eine weltoffene und solidarische Stadtgesellschaft ist ein weiteres Mal in weite Ferne gerückt.

Letztlich bleibt zu konstatieren: Die Wahl von Herrn Kemmerich im Februar im Landtag war kein Ausrutscher! Um an die Macht zu kommen bzw. diese auszunutzen, ist die Zusammenarbeit mit einer Partei, die in Thüringen vom Verfassungsschutz beobachtet wird, für sich bürgerlich nennende Parteien und Wählervereinigungen ein politisches Mittel.

Weiteres Kapitel der „Geraer unendlichen Geschichte“

Aus der Rede von Petra Metzner zum Thema „Sicherstellung der weiteren unverzüglichen Umsetzung des Beschlusses Ds-Nr. 50/2020 (Förderung notwendiger Straßenbahnbeschaffung durch die Stadt Gera)“

Michael Ende hat die unendliche Geschichte geschrieben. In dieser Geschichte fliegt der Drache Fungur Kinder zum Elfenbeinturm.

Auch wir schreiben gerade eine unendliche Geschichte. Doch unsere geht am Ende wahrscheinlich nicht so gut aus wie bei ihm. Uns fliegt vielleicht der ÖPNV um die Ohren.

Warum ist das so, fragt sich der Bürger der Stadt Gera. Warum kommen wir wider besseren Wissens nicht zu einem vernünftigen Ergebnis?

Aber erst mal zu unserem Wissen.

Wir wissen, dass 2023 die Barrierefreiheit im Straßenbahnverkehr hergestellt sein muss. Wir wissen, dazu braucht der GVB 24 Bahnen. Das heißt 12 Neue, um die alten „ausgedienten Bahnen“ zu ersetzen.

Die Mehrheit des Stadtrates sperrt sich aber dagegen. Sie beharren wider besseren Wissens auf 6 Bahnen, mit dem Argument Geld.

Aber andererseits sind sie sofort bereit für rund 460 Meter Gaswerkstraße ca. 5 Mio€ auszugeben. Obwohl die Auflagen der Fördermittelzusage nicht bzw. nicht mehr erfüllt werden.

Ja, das Geld ist ein Argument. Doch es wird nicht besser, wenn man durch Verweigerung oder Milchmädchenrechnungen seine Argumente schönredet bzw. richtig redet. Was meine ich?

Im Juni dieses Jahres wurde der vom Stadtrat gefasste Beschluss zu den Straßenbahnen vom OB beanstandet.

Dann gab es einen Termin- 02.09. – für ein Gespräch mit dem LVA zum Thema „Finanzierung Straßenbahn“.

Doch was passiert? Der Vorsitzende der Fraktion und des WSA fährt nach Weimar und am Ende des Gesprächs war der Termin

um ca. 5 Wochen verschoben.

Geld-Argumente sind die Höhe der Förderung, Eigenanteil der GVB und Anteil der Stadt Gera. Diese Anteile sind bei 6 Bahnen viel kleiner als bei 10 oder 12. Richtig?

Obwohl Mathematik nie meine Freundin war, eins habe ich begriffen: Es ist richtig, das sich Anteile bei einer 50% Förderung für 10 oder 12 Bahnen erhöhen. Aber, der Förderanteil ist und bleibt 50%. Und 50% von 10 oder 12 ist

mehr Geld als bei 6 Bahnen. Ja, der Anteil der Stadt und der GVB wird höher. Doch man bekommt doch mehr für sein Geld. Das gehört auch zur Wahrheit dazu.

Was auch zur Wahrheit dazu gehört, ist, dass der GVB einen Kompromissvorschlag vorgelegt hat.

6 Bahnen bestellen und eine Option für weitere 6 Bahnen ziehen. Das klingt sehr gut. Doch die Zusatzwahrheit ist, das dann für die ersten 6 Bahnen einen höheren Preis zu zahlen ist um die Option zu sichern.

Was ist aber, wenn die Option gezogen werden soll, der Stadtrat sich wieder so „diskussionsfreudig“ zeigt?

Ich appelliere an die einreichenden Fraktionen, ihre Vorlage heute zurück zu ziehen und das Ergebnis des Gesprächs Anfang Oktober abzuwarten.

Zumal der OB dies Vorlage wieder beanstanden muss.

Damit sind wir keinen Schritt weiter.

Zum Schluss in diesem Zusammenhang noch ein persönliches Wort. Ich kann absolut nicht verstehen, wie der Bürgermeister in Vertretung des OB einer rechtswidrigen Vorlage zustimmen kann.

Obwohl er aus meiner Sicht als Vertreter der Stadtverwaltung den Intentionen des OB folgen müsste.

Mir stellt sich hier die Frage – Was ist das Ziel?



Stadtratssitzung am 24. September 2020

Der Einwohnerantrag „Baldige Realisierung eines barrierefreien Fuß-/Radweges zwischen Pforten und Zwötzen“ wurde mehrheitlich abgelehnt.

Beschlossen wurden u. a.

- die 2. Änderungssatzung über die Mitwirkung der Seniorinnen und Senioren in der Stadt Gera
- die Kulturförderrichtlinie der Stadt Gera zur Förderung von künstlerischen Projekten, Breiten- und Soziokultur ab 2021
- der Ausbau der Gaswerkstraße

Michael Gerstenberger zum Ausbau der Gaswerkstraße

„Für 460 Meter Straßenbau in der Gaswerkstraße sind laut Beschlussvorlage Gesamtkosten von 4,57 Millionen Euro geplant. Das bedeutet, dass jeder Meter 10.000 Euro kostet. Skandalös üppig angesichts der Tatsache, dass es sich um eine Sackgasse handelt.“



Da fragt man sich, weshalb bei 1,3 Millionen Euro für ca. 500 Meter Radweg zwischen Pforten und Zwötzen die Kosten als völlig unangemessen angesehen werden und über die Interessen von Einwohnerinnen und Einwohnern hinweggegangen wird. Hier scheint der Maßstab innerhalb der Verwaltung doch erheblich verschoben zu sein.“

Xenia Schubert zur Ausstattung von Schulen mit mobilen Endgeräten

„Dieser Beschluss des Stadtrats ist notwendig, und gut begründet - hat er doch sofortige positive Auswirkungen auf die Ausstattung unserer Schulen mit digitalen Endgeräten in Gera.“



Es handelt sich um ein Sofortausstattungsprogramm zur Unterstützung von Schülern aus sozial benachteiligten Familien, damit flächendeckend digitaler Unterricht auch bei coronabedingten Schließungen möglich ist. Damit ist es ein erster konkreter Schritt zur Schaffung von Voraussetzungen zur Digitalisierung des Unterrichts.

Die Mittelverteilung wurde durch die rot-rot-grüne Landesregierung nicht nur nach Schülerzahl, sondern auch nach Sozialfaktor festgelegt.

Das bedeutet eine deutliche Bevorzugung der Stadt Gera bei der Verteilung der 13 Mio € für die Schulträger, insgesamt 921.000 Euro (300.000€ mehr als z.B. Jena!).“

- die Ausstattung der Schulen mit mobilen Endgeräten
- das Investitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung“ 2017 bis 2020 i. V. m. der Vergabe von finanziellen Mitteln aus der Infrastrukturpauschale gem. § 31 ThürKiTaG

Die Vorlage „Standortfestlegung Freibad Gera“ wurde in die Verwaltung zurückverwiesen.

Der Antrag von AfD, CDU, Bürgerschaft und FÜR GERA zur Sicherstellung der weiteren unverzüglichen Umsetzung des Beschlusses Ds-Nr. 50/2020 (Förderung notwendiger Straßenbahnbeschaffung durch die Stadt Gera) wurde mit den Stimmen dieser Fraktionen bestätigt.

Nina Wunderlich zur Kulturförderrichtlinie



„Der mittlerweile 10 Millionen Euro umfassende Kulturlastenausgleich des Landes Thüringen soll das Engagement der Kommunen für eine kulturelle Vielfalt vor Ort sichern.“

Als LINKE fordern wir, dass ein fester Anteil dieser Förderung für die Soziokultur und freie Kunstszene zur Verfügung stehen muss, denn gerade Akteure der soziokulturellen Einrichtungen und der freien Szene Geras verdeutlichen durch ihr enormes Engagement die Wichtigkeit der Kultur als gesamtgesellschaftliche Aufgabe, erhalten aber regelmäßig nur geringe Förderung durch Kommune, Land und Bund.

Mit der neuen „Kulturförderrichtlinie“ schaffen wir es nun, die Antragsteller frühzeitiger zu informieren, ob ihr Projekt für eine Förderung ausgewählt wurde und gewährleisten mehr Handlungssicherheit für Kulturschaffende.

Außerdem wird ein Fachgremium die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Sport in der Entscheidungsfindung beraten.“

IMPRESSUM

V.i.S.d.P.: Fraktion DIE LINKE. Gera
Andreas Schubert (Fraktionsvorsitzender)
Anschrift: Kornmarkt 12 07545 Gera
Tel.: 03 65 / 8 38 15 30
E-Mail: die-linke-fraktion@gera.de
Homepage: <https://www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion/>

Sie erreichen uns im Rathaus. Bitte beachten Sie auch die Veröffentlichungen über die Bürgersprechstunden, jeweils dienstags, im Amtsblatt der Stadt Gera.

Invasive gebietsfremde Pflanzen- und Tierarten in Gera

Wir leben in einer Welt, in der zunehmender Handel und Tourismus viele Möglichkeiten des Kennenlernens und intensiver Beziehungen zwischen Menschen und Ländern bieten. Allerdings kann diese Globalisierung auch Gefahren in sich bergen. Denn wo Menschen und Handels Güter auf Reisen gehen, gehen auch fremdländische Tiere und Pflanzen mit auf Reisen. Dabei kann es diesen Neuankömmlingen in unseren Gefilden durchaus gelingen, sich zu etablieren und fortzupflanzen. Ernsthaftige Schädigungen unserer einheimischen Flora und Fauna könnten die Folge sein.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) stellt deshalb fest: „Invasive und gebietsfremde Organismen stellen weltweit eine der Hauptbedrohungen für die Artenvielfalt, natürliche Lebensräume und Ökosysteme dar. Daneben können gebietsfremde Arten auch den Mensch direkt betreffen.“

Vor diesem Hintergrund stellt **Daniel Reinhardt**, stellvertretender Vorsitzender der Linksfraktion im Stadtrat, die folgende Anfrage an den Oberbürgermeister.

„ Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

folgende Pflanzen und Tiere, die invasive gebietsfremde Arten in Thüringen nach Artikel 4 der IAS-Verordnung der EU (Verordnung Nr. 1143/2014) und gemäß den Durchführungsverordnungen DVO 2016/1141, 2017/1263, 2019/1262 (sogenannte Unionsliste) sind, können als für die Gesundheit des Menschen gefährlich angesehen werden:

- Götterbaum (*Ailanthus altissima*)
- Gewöhnliche Seidenpflanze (*Asclepias syriaca*)
- Riesen-Bärenklau (*Heracleum mantegazzianum*)

- Wanderratte (*Rattus norvegicus*)
- Marderhund (*Nyctereutes procyonides*)
- Nilgans (*Alopochen aegyptiacus*)
- Waschbär (*Procyon lotor*)

Gibt es in der Stadt Gera ein Aufkommen der oben genannten Arten?

Wenn ja, welche Arten sind dies und in welchen Gebieten der Stadt Gera kommen diese vor?

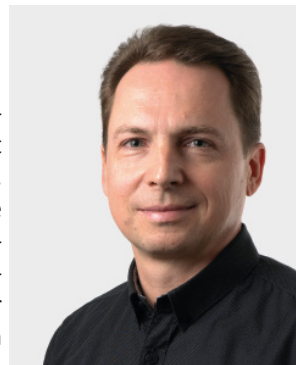
Welche Maßnahmen hat die Stadt Gera getroffen, um die Bevölkerung der Stadt Gera über die Gefahr durch diese Pflanzen und Tiere in Kenntnis zu setzen? (Prävention)“

Sobald die Beantwortung vorliegt, werden wir im Rathausreput und unter <https://www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion> davon berichten.

Sie interessieren sich für die umfangreiche inhaltliche Arbeit des Geraer Stadtrates und wollen mehr wissen? Alle öffentlichen Stadtratsbeschlüsse einschließlich der Protokolle der öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Stadtrates finden Sie unter <https://gera.ratsinfomanagement.net>

Ortsteilrat Lusan? – Ein Gewinn für den Stadtteil!

Lusan ist mit Abstand der bevölkerungsreichste Stadtteil in Gera, mit vielen unterschiedlichen Facetten. Leider spielt der Stadtteil bis heute in der kommunalpolitischen Debatte zu vielen Themen eine untergeordnete Rolle, haben die Lusaner Interessen und Probleme nicht den Stellenwert anderer Stadt- bzw. Ortsteile.



Dies liegt keinesfalls an dem Engagement der Mitglieder des Bürgergremiums oder gar am Stadtteilbüro. Ganz im Gegenteil – hier wird mit viel Einsatz und Hartnäckigkeit versucht, Lösungen zu finden und durchzusetzen, die den Stadtteil voranbringen.

Aber schon im Umgang mit der Stadtverwaltung vergibt sich Lusan viel Potenzial, da eben nicht ein gewählter Ortsteilbürgermeister (im Unterschied z.B. in Jena-Lobeda, aber auch Zwätzen, Langenberg und Untermhaus) Sprachrohr der Lusaner Interessen ist. Ein Ortsteilrat hat die Möglichkeit in seine monatlichen Sitzungen Vertreter der Verwaltung einzuladen, er ist nach Kommunalordnung bei wichtigen Fragen (z.B. Zukunft des Plzen-Center, Nahverkehrsplan usw.) einzubeziehen. Der Ortsteilrat hat Auskunftsrechte gegenüber der Verwaltung, während der Ortsteilbürgermeister Rederecht im Stadtrat und seinen Ausschüssen hat. Nicht zuletzt gibt es in Stadtteilen mit Ortsteilbürgermeistern auch die Pflicht, jährlich eine Einwohnerversammlung des Oberbürgermeisters durchzuführen.

Kurzum: Diese Möglichkeiten können für die Entwicklung von Lusan zukünftig genutzt werden, wenn die Bildung eines Ortsteils mit Ortsteilrat und Ortsteilbürgermeister gelingt. Dazu ist eine Gruppe aktiver Einwohner - mindestens 10-15 Wahlberechtigte - notwendig, damit diese gegenüber dem Stadtrat ihr Interesse zur Bildung eines Ortsteilrates manifestieren. Der Stadtrat hat in der Folge über dieses Anliegen zu entscheiden und im positiven Fall ist eine Wahl der Ortsteilgremien durchzuführen.

Wenn diese selbst in den aller kleinsten Geraer Ortsteilen gelungen ist, sollte es auch in Lusan möglich sein. Ich wünsche Lusan viel Erfolg, denn ein Ortsteilrat wäre ein Gewinn für den Stadtteil und seine Bewohner.

Andreas Schubert



Sprechstunden der Linksfraktion unter freiem Himmel

Die Linksfraktion organisiert auch künftig am Freitag nach jeder Stadtratssitzung eine Sprechstunde unter freiem Himmel. Mitglieder der Fraktion freuen sich auf das Gespräch mit den Einwohnerinnen und Einwohnern der Stadt Gera.

Gerne geben wir Auskunft über den Verlauf der Stadtratssitzung am jeweiligen Donnerstag und die aktuellen Aktivitäten der Fraktion. Wir haben ein offenes Ohr für die Anliegen der Passanten und freuen uns auf viele Begegnungen.

Informieren Sie sich über die konkreten Termine im Internet unter www.die-linke-gera.de/stadtratsfraktion